

Bezug-Preis.

In der Hauptredaktion oder bei im Stadt-
bezirk und den Vororten errichteten Aus-
gabestellen abgezahlt: vierjährlich 4.00.
Bei gleichzeitiger Abgabe einer Zeitung ins
Land 4.50. Durch die Post bezogen für
Deutschland und Österreich: vierjährlich
4.00. Durch übrige Fremdbaudienste
im Ausland: monatlich 1.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7/8 Uhr,
die Abend-Ausgabe Montag bis Freitag um 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannestraße 8.

Die Expedition ist Montag bis ununterbrochen
geschlossen von früh 8 bis Monda 7 Uhr.

Filialen:

Cette Stamm's Torten, Alfredstraße 3 (Bautzen);
Universitätsstraße 1 (Bautzen);
Louis Höhne,
Katharinenstraße 14, part. und Königstraße 2.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 399.

Dienstag den 9. August 1898.

92. Jahrgang.

Die Todtengräber.

Die Dörfelten Leute, die vor drei Jahren den Antrag, den lebenden Fürsten Bismarck zu seinem achttägigen Geburtstag durch den Reichstag zu begleichen wünschten, nicht gehörig genau beklungen hatten und die schwachsinnige Abteilung jener Erhebung noch vor vierzehn Tagen vertheidigten, dieselben Leute stellen sich jetzt neugekräftigt darüber, daß man den beiden Fürsten Bismarck nicht zum Mittelpunkt eines bunten und lärmenden Schauspiels gemacht. Das Jahr 1895 hielt es: "Bismarck ist ein Prudatmann, der den Reichstag nichts angeht," heute wird gesagt: "Der Altreichsminister gehörte noch im Tage der Nation und seine Hinterbliebenen haben ihn unverkennbar vorgetragen." Wunder vor diesem Geschwätz entprang auch dem privaten Körper industrieller Reporter, deren Zubringlichkeit an der Person des Fürsten Herbert Bismarck eine unübertragliche Schande gefunden hat. Zum größten Theile aber ist die Preßfreiheit gegen das Haus Bismarck auf Abrechnung gegen dessen verlordeenes großes Oberhaupt, sowie auf die Verurtheilung jenseitig zu führen, schädliche Kritik an den Friedensdurchbrüchen der vergangenen Woche in "deutschen Regionen" bestellt. Das letztere ist nicht glaublich, vielmehr sind wir überzeugt, daß wundernde Byzantiner, die sich, wie zu erwarten steht, nach dem Tode Bismarck's noch nicht sicher breit machen wird, bei hier über das Ziel hinausgeschossen. Der ganze rassizierende Gesellschaft ohne Unterschied der Triebfedern sei beweist, daß Fürst Bismarck allerdings im Leben wie im Tode der Nation angehört, das aber Dickejen, die ihm ausreichig verbreitet, durchaus zweifeln sind mit den Anordnungen, die in Friedensklausen getroffen wurden. Diese konnten gar nicht anders sein, als sie waren, da der letzte Willen des Verstorbenen zu achten war, sie wären aber auch ohne dieses zwingende Gebot unpassabel gewesen. Wer hinter dem Bestimmungen des Altreichsministers mehr sucht als das der Natur des großen Mannes entsprechende Bedürfnis nach Einschätzung, der tut sehr gut, das Thema nicht weiter fortzuführen. Dem die Verstrickung führt selbst zu dem Ergebnis, daß die neue Ewig verzeichnet wenig Anrecht an Bismarck hat. Der zweite Kategorie von Kritikern wäre auch das Abbrechen der Kritik an der Befreiung, dialektisch der Befreiung des Entlassungsgegners des Fürsten Bismarck und dieses Altersfusses selbst dringend zu empfehlen. Es hätte der (an anderer Stelle von uns erwähnt) austäuschenden Verhinderung nicht bedurft, daß die bekannt gegebene Abdrift in seinem irgendwie erheblichen Punkte vom Original abweicht. Die Erregung eines Beispiels an der Tatsache hätte dabei das das der Unzufriedenheit, was die Dienstleistung haben kann, galten dürfen, wenn nicht der "Reichsbote" uns beigebracht, daß man noch - unpolitisch sein kann. Das Blatt weiß, in den Szenen des "Jubiläums" wandelte, auf die Konsequenzen sothatlicher Anzüge des Entlassungsfestes und der dieses "genehmigenden" Cabinetkunde hin und verläßt, die volle Wahrheit in einer umfassenden Darstellung". Dieser absurdenen Herabsetzung läßt der "Reichsbote" seinerseits "Enttäuschungen" folgen, an deren Richtigkeit zu glauben er sich das Andere giebt. Ein ironischen verlorneren herausragender Abgeordneter soll erzählt haben, infolge der häufigen und langen Abwesenheit des Fürsten Bismarck von Berlin habe sich der Kaiser dort ganz sotzt gefügt, zumal da auch sein Minister zu ihm gekommen sei, um ihm Vorträge zu halten. Auf eine dahin gehende Frage des Monarchen habe ein Minister erwidert, er und seine Kollegen seien zu Immediatenverträgen nicht berechtigt. Daraufhin hätte der Kaiser bemerkt, bei solchen unzählbaren Anlässen sei er vollkommen bei Seite gestellt; daß Weitere wäre dann das Verlangen nach der - bekanntlich bis heute nicht erfolgten - Aufhebung der Cabinetkunde von 1852. Wer diese Geschichten liest, kann sich der Erinnerung nicht erwehren, daß der fromme "Reichsbote" ein guten Freund des Scheiterbanken-Mannes Steder gewesen ist und für diesen brachte noch Biedeblick dar, wie er andererseits dem Fürsten Bismarck, an dessen Richtigkeit die Frauen in Europa ja immer viel anzusehen hatten, niemals so rechtbold war. Auch der oberflächliche Kenner der Geschichte der Jahre 1888/90 weiß, daß die damalige häufige und lange Abwesenheit des Kanzlers die Folge des Kaiserlichen Wunsches,

in wichtigen Angelegenheiten nicht von Bismarck berathen zu werden, und nicht die Ursache des Bruches mit der von Wilhelm I. übernommenen Politik gewesen ist. Der "Reichsbote" glaubt überzeugt selbst nicht an den angebauten Vorbehalt des kaiserlichen Vertrauens in Bismarck's Weitwissen der damaligen Zeit und an die Abwesenheit als einen Grund der Entstrebung. Er streift nämlich, nachdem er von den sozialpolitischen Meinungsverschiedenheiten gesprochen: "Auch in der höheren Politik wurde damals als Niederschlag einer Stimme in beiden Kreisen der Bismarck colportiert: 'Es geht nichts mehr.' Wir wollen nicht glauben, daß der Verfasser der berüchtigten 'Germania'-Artikel 'Es gelingt nichts mehr' in beiden Kreisen Geistesverwandte gehabt hat, jedenfalls aber ist die Bedeutung des 'Reichsboten' durchaus unverkennbar mit jener Ergriffenheit von der Förlage des Kaiser.

Ein Freund des Fürsten Bismarck, der den nun Entschluss am 5. September 1897 beschafft hat, berichtet darüber in den "Dresdner Nachrichten" u. A.: "Der Altreichsminister habe gesagt, es sei ihm nicht bekannt, wie seine, des Fürsten, seiner Zeit viel beachtete Ausführungen über die conservativen Führer in die 'Reine Freie Presse' gelangt seien. Er sprach keine staatsverbrecherischen Gedanken aus, aber es sei traurig, wenn er sich in seinem eigenen Hause über politische Dinge nicht mehr äußern könnte, ohne deshalb in der öffentlichen Meinung sich verantworten zu müssen. Die geübte Meinung der Conservativen habe er bereit als Staatsminister öffentlich bekannt. Auch Harden sei indirekt gewesen. Erwähnungen wie die über die Kaiserin Augusta seien doch rein privater Natur und es sei ungeachtet, ihm mit solchen Veröffentlichungen Unannehmlichkeiten zu bereiten. Hier gaben namentlich die Damen des Hauses Bismarck ihrem Ungehorsam über die Indiscretions-Ausdrücke."

Das Ende des Barmer Arztfeststreikes.

Die "Frank. Ztg." hat sich der verdienstvollen Arbeit unterzogen, den Barmer Arztfeststreik an Ort und Stelle untersuchen zu lassen; sie schreibt:

"Das Verhalten der Barmer Ortskantone, die etwa 22.000 Mitglieder und einen gültigen Finanzstand aufweisen, seit Jahren schon dank angestammter 30-40 Jahre alten, von uns erwähnten ausköhlenden Versicherung nicht bedurft, daß die bekannt gegebene Abdrift in seinem irgendwie erheblichen Punkte vom Original abweicht. Die Erregung eines Beispiels an der Tatsache hätte dabei das das der Dienstleistung, was die Dienstleistung haben kann, galten dürfen, wenn nicht der "Reichsbote" uns beigebracht, daß man noch - unpolitisch sein kann. Das Blatt weiß, in den Szenen des "Jubiläums" wandelte, auf die Konsequenzen sothatlicher Anzüge des Entlassungsfestes und der dieses "genehmigenden" Cabinetkunde hin und verläßt, die volle Wahrheit in einer umfassenden Darstellung". Dieser absurdenen Herabsetzung läßt der "Reichsbote" seinerseits "Enttäuschungen" folgen, an deren Richtigkeit zu glauben er sich das Andere giebt. Ein ironischen verlorneren herausragender Abgeordneter soll erzählt haben, infolge der häufigen und langen Abwesenheit des Fürsten Bismarck von Berlin habe sich der Kaiser dort ganz sotzt gefügt, zumal da auch sein Minister zu ihm gekommen sei, um ihm Vorträge zu halten. Auf eine dahin gehende Frage des Monarchen habe ein Minister erwidert, er und seine Kollegen seien zu Immediatenverträgen nicht berechtigt. Daraufhin hätte der Kaiser bemerkt, bei solchen unzählbaren Anlässen sei er vollkommen bei Seite gestellt; daß Weitere wäre dann das Verlangen nach der - bekanntlich bis heute nicht erfolgten - Aufhebung der Cabinetkunde von 1852. Wer diese Geschichten liest, kann sich der Erinnerung nicht erwehren, daß der fromme "Reichsbote" ein guten Freund des Scheiterbanken-Mannes Steder gewesen ist und für diesen brachte noch Biedeblick dar, wie er andererseits dem Fürsten Bismarck, an dessen Richtigkeit die Frauen in Europa ja immer viel anzusehen hatten, niemals so rechtbold war. Auch der oberflächliche Kenner der Geschichte der Jahre 1888/90 weiß, daß die damalige häufige und lange Abwesenheit des Kanzlers die Folge des Kaiserlichen Wunsches,

Gasse auf Vandmann's Betreiben eine weitere Ermächtigung der Arzneipreise. Hierüber kam es nun zum öffentlichen Auftand. Die "Frank. Ztg." erzählt:

"Um die Apotheker würde zu machen, sollten die Arzte nicht nur keine Haushaltspolitik mit den gewöhnlichen Mitteln in ihren Sprachzimmern einrichten, sondern auch eine bestimmte Summe Geldes von der Gasse entgegennehmen, um daraus jedem Kranken die Beiträge für einzelne Recepte darin mitzugeben. Wie sich die Arzte einmischig defens meingeren, weil ihnen diese Vermittelung über die ärztliche Pflicht erheblich hinausgingen, läßt sich leicht einschätzen. Organisiert sind kaum 15.000 Ärzte in innen, man sieht also, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung immer noch keine Fortschritte gemacht hat. Die Ärzte fordern beharrlich, daß die Arbeiter, welche einmal Mitglieder einer 'Organisation' geworden, sollen sofortlich wieder aussteigen, um so oft unter dem Begriff der 'Arztfeststreik' nicht bis dahin ein neuer Vertrag unter Berücksichtigung ihrer Wünsche zu Stande gelangen soll. Diese Wünsche fordern: 3-jährige Vertragsabrede, Erhöhung der Befreiung von 2,75 % auf 3 % pro Kopf der Mitgliedschaft und vermehrtes Einfüllung des Arztfeststiftes, der in den letzten Zeit niemals mehr einberufen worden war, gegenüber den Receptisten.

Die Gasse suchte den ihr drohenden Schlag abzuwehren, aber in einer Form, die hier schamlos werden muß. Alle die heiligsten Worte, angewendet auf Streitende, die doch nur ihr gutes Recht wahrnahmen, gerade so wie die Arbeiterschaft es dem Unternehmertum gegenüber so und so oft unter dem Begriff der Sozialdemokratie wahrnahm, alle die stolzen Dinge sollen der Sozialdemokratie noch verjüngt sein als das zwölfjährige Spiel mit falschen Angaben, das sie noch weitlich mehrheitlich getrieben hat. Erstens erschien eines Tages eine Anzeige der Ortskantone, die, "wunsch Wohnungen für Arzte per sofort" jüngte. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß dadurch der Arztmarkt hervorgerufen werden sollte, die Gasse habe für den 1. Juli bereits zweihundert Erstarkte in ihrem Dienst und braucht nur nach den Wohnungen. Diese Aufstellung wurde auch außerhalb der Preße in Verhandlungen und Unterredungen geflügellich verbreitet, so daß die steirischen Arzte hier eine Zeit lang bedauerten, nicht ihre Freiheit ganz nach den vorgebrachten Wünschen erlangt zu haben: "In Barmer streiten die Arzte vor Zugang wird gewornt!" Jetzt meinen, daß die Gasse ihrer Verfassung nach nicht nur die Gegenpartie, vielmehr auch die eigenen Mitglieder in diesem Weise über den rohen Thatbestand zu führen. Ironisch Arzte - die Zahl stimmt großlich mit der, die von der Aufsichtsbehörde als der ungeheure nötige Bedarf angegeben wurde. Dr. Vandmann aber glaubte dexterer, mit seinen Arzten das Befreiungsverlaß zu fordern. Warum sucht man dann zwanzig Wohnungen? Der Nachdruck liegt: Das kann auch bei einem Gefecht um drei Wohnungen hinlangen.

Und weiter hat die Ortskantone sich begeistert lassen, eine Reihe von Namen falscher Arzte zu veröffentlichen, die sich ihr angeblich zur Bekämpfung gestellt hätten. Die Polizei wußt, daß die Gasse von den meisten dieser Arzte sich öffentlich 2.500 bis 3.000 Lohnen lassen mußte. Die betreffenden Arzte hatten sich der Gasse leidenschaftlich verschrieben, sie hielten fest zu ihrem Stande. Ein deutscher Fall: Kurz vor der Entscheidung versuchte die Gasse, mit eingehenden der steirischen Arzte Sonderverträge abzuschließen, unter dem Vorzeichen, daß solchen schon die meiste anderen Arzte unterdrücken. Einige der Hintergezogenen fielen in der That auf das Monopol herein, sie jogen freilich ihre Aufsage abwehr nicht zurück, als sie erfuhren, daß man ihnen eine falsche Vorstellung vorgezeigt habe. Wen wollte also so leicht so verdeckt verdeckt werden, wie dieser, und wird nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums ihre Situation in einer Weise verbessern, freilich, wenn am grünen Tische weiter solche Fehler gemacht werden, wie bisher, dann wird die Bekämpfung der 1.750.000 Wähler immer schwieriger.

* Berlin, 8. August. Bekannt ist der Vorfall des Comptons der Juden, der von großer Röhretheit ist, in Deutschland dadurch zu haben, daß man Juden zu einem dauernden Beistand der Soldaten nicht macht und dadurch indirekt die Bedeutung in höherem Grade, als es bisher gegeben ist, an den Judentum erhöht hat. Vorbedingung für eine erhebliche Steigerung des Anteils der untermittelten Gassen wird immer ein niedriger Preis sein, als er jetzt gesetzt werden muss, aber das Heer kann auch beim heutigen Stande der Dinge schon zum Judentum konzentriert gemacht werden. Instehten nach dieser Richtung praktische Verluste, die der Oberhauptmann Leiterschule bei den leichten Kaiserhänden verhindert hat. Er berichtet in der Deutschen Militärärzteschrift: "In je einer Compagnie der drei Bataillone wurden zehn Männer zur Judentum und zehn Männer als Kommandanten bestimmt; der Auswahl der Judente wurde penitentiär mittellos und schwachliche Deut der Compagnie berücksichtigt. Es wurde mit sieben Soldaten Würfel gezogen, um Tage begonnen, und bis auf durchschnittlich zehn bis zwölf Würfel gewonnen. Die Ergebnisse dieses Verlustes waren nun folgende: zunächst ließ das Adelsgeschlecht der Judente während der Wahlen mehr als das der Kommandanten. Soviel ergab sich, daß durch Judentum das Hungergefühl

widerstehen könne. Sie verstand sich daher in einer Sitzung, die ein Vertreter der Düsseldorfer Regierung leitete, dazu, die Förderung der Arzte in fast allen Städten zu bewilligen. Das war das Ende des Barmer Arztfeststreikes. Die sozialdemokratischen Großprälaten blieben in diesem Fall gründlich enttäuscht auf den Wahlsieg. Trug der Barmer Arztfeststreik dazu bei, daß die Arbeiterschaft in mancher Arbeiterfürstentum nach dem normalen Stande der Dinge zu regulieren, so wird nicht nur die Gewerkschaftenbewegung wieder auf den Weg der gesunden und gerechtsame Entwicklung gewiesen, nicht nur die deutsche Arbeiterfeststift in der Verbesserung ihrer sozialen Lage bestätigt, sondern auch unsere gesamte Arbeiterpolitik nützlich beeinflußt werden.

Deutsches Reich.

C. H. Berlin, 8. August. Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften sollen nach einer sozialdemokratischen Zusammenstellung 1897 419.162 Mitglieder zählen gegen 335.088 im Vorjahr; das wäre die höchste Mitgliederzahl, welche sie je besessen. "Organisiert" sind kaum 15.000 Ärzte in innen, man sieht also, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung immer noch keine Fortschritte gemacht hat. Die Ärzte fordern beharrlich, daß die Arbeiter, welche einmal Mitglieder einer "Organisation" geworden, sollen sofortlich wieder aussteigen, und daß deshalb die 419.162 Mitglieder eine festgelegte Anzahl Wünsche bilben. Nun liegt uns über jährlich der Jahresbericht des Deutschen Arztfeststiftes vor; er zeigt am Schluß des Jahres 1897 42.570 Mitglieder auf, darunter 313 weibliche; in dem Bericht wird darüber klargestellt, daß von den ca. 30.000 in Laufe des Jahres infolge der vielen Wohnungsbewegungen Neuzugezogenen die Menschen, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, nicht mehr als 1000 sind. Das ist also die gesammelte organisierte sozialdemokratische Heerarmee, die auf 700.000 Menschen steht. Da nun eine große Anzahl "Arzthäuser" noch sowohl den Wahlvereinen, als den Gewerkschaftsbünden angehören, vielleicht auch in den Gewerkschaften oder Arbeitervereinen sind etwa 200.000 "Genossen" organisiert, in den Gewerkschaften (Gewerkschaften, Arbeitervereinen, Arbeiterklassen) noch nicht 80.000, so daß also die gesammelte organisierte sozialdemokratische Heerarmee sich auf 700.000 Menschen stellt. Da nun eine große Anzahl "Arzthäuser" noch sowohl den Wahlvereinen, als den Gewerkschaftsbünden angehören, vielleicht auch in den Gewerkschaften oder Arbeitervereinen sind etwa 200.000 "Genossen" organisiert, in den Gewerkschaften (Gewerkschaften, Arbeitervereinen, Arbeiterklassen) noch nicht 80.000, so daß also die gesammelte organisierte sozialdemokratische Heerarmee sich auf 700.000 Menschen stellt. Da nun eine große Anzahl "Arzthäuser" noch sowohl den Wahlvereinen, als den Gewerkschaftsbünden angehören, vielleicht auch in den Gewerkschaften oder Arbeitervereinen sind etwa 200.000 "Genossen" organisiert, in den Gewerkschaften (Gewerkschaften, Arbeitervereinen, Arbeiterklassen) noch nicht 80.000, so daß also die gesammelte organisierte sozialdemokratische Heerarmee sich auf 700.000 Menschen stellt. Da nun eine große Anzahl "Arzthäuser" noch sowohl den Wahlvereinen, als den Gewerkschaftsbünden angehören, vielleicht auch in den Gewerkschaften oder Arbeitervereinen sind etwa 200.000 "Genossen" organisiert, in den Gewerkschaften (Gewerkschaften, Arbeitervereinen, Arbeiterklassen) noch nicht 80.000, so daß also die gesammelte organisierte sozialdemokratische Heerarmee sich auf 700.000 Menschen stellt. Und weiter hat die Ortskantone sich bestreiten lassen, eine Reihe von Namen falscher Arzte zu veröffentlichen, die sich ihr angeblich zur Bekämpfung gestellt hätten. Die Polizei wußt, daß die Gasse von den meisten dieser Arzte sich öffentlich 2.500 bis 3.000 Lohnen lassen mußten. Die betreffenden Arzte hatten sich der Gasse leidenschaftlich verschrieben, sie hielten fest zu ihrem Stande. Ein deutscher Fall: Kurz vor der Entscheidung versuchte die Gasse, mit eingehenden der steirischen Arzte Sonderverträge abzuschließen, unter dem Vorzeichen, daß solchen schon die meiste anderen Arzte unterdrücken. Einige der Hintergezogenen fielen in der That auf das Monopol herein, sie jogen freilich ihre Aufsage abwehr nicht zurück, als sie erfuhren, daß man ihnen eine falsche Vorstellung vorgezeigt habe. Wen wollte also so leicht so verdeckt verdeckt werden, wie dieser, und wird nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberechtigte Genossen - und 1.750.000 Mitglieder der Sozialdemokratie bei den Wahlen; es kommt nun darauf an, die vergrößerten mitgliedsmässigen Wähler zu überzeugen, daß sie mit der Wahl eines sozialdemokratischen Gremiums die wahlfähige Alter noch nicht erreicht hat, so haben wir rund 333.000 organisierte wahlberecht